



**JUSOS**

THÜRINGEN

**WENN'S DIR  
NICHT GEFÄLLT  
MARX  
NEU!**

Beschlüsse der Landeskonferenz 2018

## Inhaltsverzeichnis

A1 - Wenn's dir nicht gefällt, Marx neu! _____	3
B3 - Noch Up To Date? - Verbesserung des Medienkundeunterrichts in Thüringen _____	11
B6 - Kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schüler*innen bis zum Abitur _____	12
B7 - Schulsozialarbeit für alle _____	12
B8 - Mehr Praktika für Schüler*innen _____	12
B9 - Bundeswehr Werbeaktionen in Bildungseinrichtungen verbieten _____	12
B10 - Bildung neu denken! – Mündig und souverän in der digitalen Gesellschaft _____	13
D1 - Wehren gegen die Wehrpflicht _____	14
D3 - Wahlrechtsgrundsätze gelten auch für psychisch Kranke _____	14
D4 - Kinder- und Jugendpolitik stärker in den Fokus rücken! _____	15
H1 - Onlinepolizei.de für Thüringen! _____	16
H2 - Psychologische Betreuung auch für Polizeikräfte! _____	16
H3 - Kein Schlussstrich _____	16
I1 - Internationalismus im Wahlkampfjahr 2019! _____	17
I2 - Kein Freihandel mit Afrika _____	18
I3 - Ein starkes Zeichen für Europa _____	19
K1 - Verbesserung des ländlichen ÖPNV _____	19
K2 - Gemeinsam fährt es sich besser – Ein einheitlicher Verkehrsverbund in Thüringen _____	19
L1 - Schluss mit dem Semesterticket-Wucher! _____	20
P2 - Willy-Brandt-Haus besetzen _____	20
P3 - Wir wollen kein "Geistiges Eintopfgericht" <sup>1</sup> sein! Geschichte erhalten – Zukunft gestalten	21
U1 - Insektenanteil in Lebensmitteln _____	22
U2 - Nachhaltigere Verpackungen jetzt! _____	22
U3 - Mehrwegsystem – auch für Kaffeebecher _____	23
U4 - Qualen mindern – Tierschutz stärken _____	23
U5 - Lasst den Müll doch einfach weg! _____	23
X1 - Sag mir nicht, wie ich schwanger werden soll! - §27a SGB V reformieren _____	24
X2 - Planungssicherheit schaffen - Kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen _____	25
X3 - Von Futtermittel, Gelatine und Verarbeitungshilfsstoffen _____	25
W1 - Chemtrails und Wetterkontrolle zur Verhinderung von AfD-Demos _____	26
W3 - Bernd Höcke beschäftigen, damit er keinen Scheiß mehr macht _____	26

## **A1 - Wenn's dir nicht gefällt, Marx neu!**

Die Sozialdemokratie steht vor einer ihrer wichtigsten Bewährungsproben. Unsere gesellschaftlichen Mehrheiten werden knapper. Werte wie Solidarität, Vielfalt und Soziale Gerechtigkeit drohen angesichts des zunehmenden Rechtsrucks in Europa (und) im Zeitalter des neoliberalen Kapitalismus verloren zu gehen: Einst hart erkämpfte Arbeitnehmer\*innenrechte stehen zur Disposition. Wichtige Errungenschaften der feministischen und antirassistischen Bewegungen sind in Gefahr. Links wie rechts von uns beobachten wir einen reaktionären Backlash, mit dem noch vor fünf Jahren niemand gerechnet hätte. Die Rückkehr der „Nation first“-Rhetorik wächst zu einer ernstzunehmenden Bedrohung für Europa heran.

Unser Erneuerungsprozess bedeutet nicht (nur) Anpassung an das Jetzt sondern vor allem eine sozialistische Perspektive für das Morgen. Anders als Umfrageergebnisse vermuten lassen, ist die originale Sozialdemokratie heute gefragter und wichtiger denn je. Es braucht dringend eine politische Partei, die über das aktuelle Tagesgeschäft hinausblickt und langfristig die Weichen für ein solidarisches Zusammenleben in Frieden und Wohlstand stellt. Es braucht keine neue, es braucht die SPD!

Wir Jusos sind seit Jahren aktiver inhaltlicher Motor und kampagnenfähigster Arm der SPD, auch und besonders in Thüringen. Wir machen vor, dass politische Arbeit mehr als nur ein Hobby ist: Wir diskutieren und streiten innerhalb wie außerhalb unserer Strukturen für unsere Ideen. Wir führen Debatten in unseren Ortsvereinen, auf Parteitag, auf der Straße und in nicht parteiliche Vereine. Die Jusos sind aktiver Teil des Erneuerungsprozesses und wir leben diesen als offener, zugänglicher und überzeugender Jugendverband vor. Wir sind das, was die SPD noch werden muss!

### **Die SPD Thüringen verharrt? Marx neu!**

Wir wollen, dass die SPD, insbesondere die SPD Thüringen sich erneuert. Dazu gehört für uns ein längerer Prozess. Die Diskussionen können nicht nach Regionalkonferenzen und einem Leitantrag aufhören. Die beschlossenen Inhalte müssen Teil der Debatte in den Ortsvereinen, Kreisverbänden, aber auch in Gesprächen auf der Straße, bei Treffen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und in der Öffentlichkeit werden. Zudem braucht es einen Wandel der Ortsvereine und Kreisverbände hin zu politischen Debattenorten, in denen über Zukunftsfragen hitzig gestritten wird. Dazu müssen sich Abgeordnete und Funktionär\*innen mehr an der inhaltlichen Arbeit der Gliederungen beteiligen. Deren Expertise müssen sie noch mehr in die Partei einbringen. Mit der Weiterführung des angefangenen Bildungsprogramms schaffen wir die Grundlage für die zukünftige personelle Erneuerung der SPD Thüringen. Es ist wichtig, dass von den Ortsvereinen und Kreisverbänden nicht nur mehr inhaltliche Arbeit gefordert wird, sondern, dass diese auch dazu befähigt werden. Gut geschulte Mitglieder sind das Fundament des Erfolgs der SPD Thüringen. Unsere Büros müssen offener werden und sich mit den zivilgesellschaftlichen lokalen Akteur\*innen vernetzen. Der Landesparteitag muss sich mehr für breite Debatten für den Landesverband öffnen. Als Jusos werden wir aktiver Teil der Debatten innerhalb der Partei auf allen Ebenen sein. Die SPD Thüringen war viel zu lange nicht Teil der Debatten in der Bundespartei. Deshalb fordern wir den neuen Landesvorstand der SPD auf, eine stärkere Scharnierfunktion zwischen Thüringer Basis und Bundes-SPD zu übernehmen und sich stärker mit inhaltlichen Impulsen in die Bundes-SPD einbringen.

Noch immer verzeichnet die SPD Thüringen einen niedrigen Frauen\*anteil. Deshalb müssen sich Netzwerke für Frauen\* vor Ort und überregional entwickeln, um mehr Frauen\* für die Parteiarbeit zu begeistern. Frauen\*förderung beginnt beim Ortsverein. Wir wollen, dass die Verantwortlichen vor Ort dahingehend geschult und sensibilisiert werden. Zusätzlich zu einer aktiven

Frauen\*förderung innerhalb der Partei gehört es auch, Frauen\*politik als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen zu verstehen!

Die letzten Jahre der Regierungsarbeit haben gezeigt, dass eine linke progressive Regierung mehr investiert und damit den Reformstau der CDU ein Stück weit abarbeitet. Rot-Rot-Grün hat unter anderem die Qualität der Kitas verbessert und ein beitragsfreies Kita-Jahr eingeführt, mehr Lehrer\*innen eingestellt, Hochschulen demokratisiert und finanziell gestärkt und die Jugendhilfe aufgestockt. Diese Arbeit muss weitergehen. Deshalb kämpfen wir für eine starke linke SPD Thüringen und eine Fortführung von Rot-Rot-Grün.

## **Jugend ohne Stimme? Marx neu!**

Die Landesregierung hat mit der Herabsenkung des Wahlalters bei den Kommunalwahlen sowie der Erhöhung der Mittel für die örtliche Jugendförderung, dem Landesjugendförderplan und dem Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit junge Menschen in ihrem politischen und sozialen Engagement gestärkt. Die Strategie der eigenständigen Jugendarbeit wurde eine wichtige Forderung der Koalition. Langjährige Forderungen der Jusos Thüringen konnten damit umgesetzt werden. In den nächsten 5 Jahren stehen weitere Herausforderungen in der Jugendpolitik an.

- Wir brauchen leistungsfähige Jugendämter, mit ausreichenden Ressourcen die die Probleme von jungen Menschen in den Blick nehmen.
- Die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf müssen begleitet werden. Hierzu braucht es ein individuelles System der Berufsorientierung sowie Maßnahmen zur Begleitung, die sich am individuellen Bedarf des jungen Menschen orientieren. Nur so kann der Übergang von Schule ins Berufsleben gelingen. Jedoch ist uns auch ein Anliegen, dass dieser Übergang nicht nahtlos erfolgen muss und es zwischen Schule, Ausbildung und Beruf eine Zeit geben muss, die für Jugendliche frei gestaltbar ist, wie z.B. für Freiwilligendienste oder Auslandsaufenthalte, über die gleichrangig informiert werden.
- Junge Menschen brauchen Freiraume, die sie eigenverantwortlich gestalten können. Dafür werden wir die finanziellen Voraussetzungen schaffen, aber auch den Abbau von Hürden in Verwaltung etc. vorantreiben.
- Die konzipierte Landesstrategie Mitbestimmung nehmen wir ernst und wollen jugendgerechte Beteiligungsformen in Kommunen, Bildungseinrichtungen und Betrieben weiter forcieren.
- Wir kämpfen für die Einführung des Wahlrechts ab 16 bei den Landtagswahlen sowie eine Thüringer Bundesratsinitiative für die Absenkung des Wahlalters bei den Bundestagswahlen.
- Wir werden eine Debatte um eine ausreichende, eigenständige finanzielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen anstoßen, wie es bspw. das Bündnis Kindergrundsicherung vorschlägt.
- Das Landesprogramm zur Schulsozialarbeit für alle Schulformen muss gestärkt werden.

## **Arbeiten für nichts? Marx neu!**

Die Folgen der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Agenda 2010, aber auch der Billiglohnlandstrategie der CDU in Thüringen sind auf dem Thüringer Arbeitsmarkt zu sehen. Trotz Wirtschaftswachstum und Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind die Löhne in Thüringen sowie die Tarifbindung niedrig. Im Fokus der sozialdemokratischen Politik müssen die Arbeitnehmer\*innen stehen.

- Wir kämpfen für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen, mit dem Ziel der armutsfesten Rente. Die Tarifpartner\*innen müssen gestärkt, die Tarifbindung muss erhöht werden. Die Mitgliedschaft in den Arbeitgeber\*innenverbänden ohne Tarifbindung muss endlich verboten werden.
- Die Regulierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, bspw. von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Abschaffung sachgrundloser Befristungen und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse muss weiterhin auf der Tagesordnung stehen.
- Die Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer\*innen bei Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung sind für uns nicht verhandelbar.
- Wir müssen die neuen Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik im Zusammenhang mit der Digitalisierung bewältigen. Dazu fordern wir die Technologieberatungsstelle Arbeit 4.0, die als Anlaufstelle für Akteur\*innen am Arbeitsmarkt dient, eine kontinuierliche Berichterstattung über den Thüringer Arbeitsmarkt erstellt und Vorschläge zum Umgang mit den Entwicklungen am Arbeitsmarkt erarbeitet.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes, wie z.B. das Landesarbeitsmarktprogramm und der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, müssen weiter gestärkt und ausgebaut werden.
- Auch die geförderte Familienarbeitszeit muss stärker gefördert werden. Vom Rückkehranspruch von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung müssen alle Thüringer Beschäftigten profitieren.
- Die Lohnlücke zwischen Mann\* und Frau\* muss endlich geschlossen werden. Deshalb kämpfen wir für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit.
- Die Förderung von Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, um psychische und physische Belastungen von Beschäftigten zu minimieren darf nicht vernachlässigt werden.
- Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik bedeutet für uns, den Fokus auf die Beschäftigten zu legen. Unternehmen, die keinen Tarifvertrag abgeschlossen haben oder das Azubi-Ticket ihren Auszubildenden nicht bezahlen, dürfen vom Freistaat nicht subventioniert werden.

## **Bildung nur mit Eintritt? Marx neu!**

Wir kämpfen für ein gerechtes Bildungssystem. Für uns bedeutet das, dass Bildung kostenlos sein muss: Von der Kinderkrippe bis zur Hochschule und darüber hinaus. Gleichzeitig muss die Qualität der Bildungseinrichtungen verbessert werden. Hierzu hat die rot-rot-grüne Regierung in den letzten Jahren die ersten Schritte unternommen.

- Der Einstieg in die Beitragsfreiheit bei Kindertageseinrichtungen ist Rot-rot-grün gelungen. Nun ist die Zeit reif für die komplette Beitragsfreiheit.
- Jedoch muss auch an Qualitätskriterien, wie dem Personalschlüssel geschraubt werden.
- nach der Verbesserung der Betreuungsqualität von drei- bis vierjährigen Kindern muss auch nun die Belastung des Personals bei über Vierjährigen Kindern verringert werden.
- Die Krankheits- und Urlaubszeiten müssen bei der Berechnung der Personalschlüssel berücksichtigt werden.
- Die Vergütung des Berufs der Erzieher\*in muss dem der Lehrer\*innen gleichgestellt werden um den Wert dieser Arbeit zu bestätigen und den Beruf attraktiver zu machen

- Die Betreuungsqualität an Einrichtungen mit besonderen sozialen Problemlagen muss verbessert werden.

Trotz einer Schulreform und höheren Schulinvestitionen durch Rot-Rot-Grün sind die Herausforderungen in der Thüringer Schulpolitik massiv. Insbesondere die Personalentwicklung und Qualitätssicherung sowie die Verbesserung der Mitbestimmungsmechanismen sind für uns zentral.

- Wir müssen dem Lehrer\*innenmangel begegnen. Deshalb fordern wir alle altersbedingten Lehrer\*innenausscheidungen mindestens 1:1 zu ersetzen. Gleichzeitig muss durch Schulkoooperationen auch sichergestellt werden, dass die Wege für Kinder kurz bleiben
- Wir fordern die Restrukturierung der Schulämter und eine Lehrer\*innenwerbekampagne. Die Zusammenarbeit mit den Universitäten Erfurt und Jena muss ausgebaut werden.
- Wir fordern die gerechte und gleiche Bezahlung alle Lehrer\*innen.
- Wir wollen eine stärkere Mitbestimmung der Schüler\*innen in der Schule und fordern ein Vetorecht in der Schulkonferenz, eine Ombudsstelle für Mitspracherechte und kontinuierliche Schulungen der Schüler\*innen in ihren Rechten vor Ort. Klassensprecher\*innenkonferenzen sollen zudem zu echten Räumen der Debatte werden. Wir lehnen die in der Thüringer Schulordnung festgelegten Entscheidungen per Losverfahren als undemokratische Maßnahmen konsequent ab.
- Weiterhin fordern wir ein demokratisiertes Wahlverfahren und Abwahlmöglichkeiten für Klassensprecher\*innen und Schülersprecher\*innen in geheimer Wahl. Wir fordern eine Quotierung der Schüler\*innenvertretungen auf allen Ebenen. Es muss zudem ein selbstbestimmtes Budget für Schüler\*innen her.
- Die Unterdrückung und Nichteinhaltung dieser Rechte sowie Zensur von Schüler\*innenzeitungen, Abitur- und Jahrbüchern durch die Schulleitung muss aufhören. Die Pressefreiheit muss auch für Schüler\*innen gelten!
- Wir wollen, dass die Thüringer Gemeinschaftsschule die prägende Schulform in der Thüringer Bildungslandschaft wird.
- Die Digitalisierung muss endlich überall Einzug finden. Dabei darf der Geldbeutel der Eltern keine Rolle spielen.
- Die zehnjährige Schulpflicht muss sich an der tatsächlichen Zeit bemessen, in der Schüler\*innen tatsächlich eine Schule besucht haben. Die bisherige Praxis, die Pflicht am Alter der\*des Schüler\*in festzumachen, führt zum Ausschluss von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, die in den seltensten Fällen mit sechs Jahren eingeschult wurden und eine ununterbrochene Schullaufbahn vorweisen können.

## **Hochschulen als reiner Wirtschaftsfaktor? Marx neu!**

Die Jusos Thüringen setzen sich dafür ein, dass jede\*r Studieninteressierte, unabhängig von der sozialen Herkunft, ein gutes Studium führen kann. Dieses Studium hat nicht primär zum Zweck, möglichst schnell Absolvent\*innen dem Arbeitsmarkt zuzuführen, sondern ist ein wichtiger Bestandteil des Selbstentfaltungsprozesses und der gesellschaftlichen Bildung junger Menschen. Wirtschaftliche Bedürfnisse der Arbeitgeber\*innen müssen hinter gesellschaftlichen Erfordernissen zurückstehen!

Die Erneuerung des Thüringer Hochschulgesetzes unter Rot-Rot-Grün hat in dieser Richtung gute Weichenstellungen eingeleitet, die jedoch nur als zarte Ansätze eines befreiten und selbstbestimmten Studiums verstanden werden dürfen. Daher fordern wir weiterhin:

- Jegliche Studiengebühren und Anwesenheitspflichten müssen abgeschafft werden. Diese widersprechen dem Kerngedanken eines selbstbestimmten und freien Studiums.
- In Thüringen besteht weiterhin enormer Finanzierungsbedarf in Hochschulen. Die zunehmenden, vom Freistaat explizit geforderten, Drittmittelförderungen, gefährden auf Dauer die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Hochschulen und fördern prekäre Beschäftigungsverhältnisse, und sind deshalb abzulehnen. Wir fordern wir eine bessere Finanzierung von Hochschulen sowie ein Hinwirken der Landesregierung im Bundesrat auf einen Beschluss zur verstärkten Hochschulfinanzierung durch den Bund.
- Wir fordern eine Abkehr von der Exzellenzinitiative sowie eine Stärkung des Breitenstudiums.
- Die Stärkung der Rechte von wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen und studentische Beschäftigte in Form von einer Mindestanstellungsdauer sind längst überfällig.

## **Marode Kommunen- kaputte Infrastruktur?! Marx neu!**

Die Schere zwischen Arm und Reich existiert nicht nur im Privaten. Während manche Gemeinden die Straßen mit Gold pflastern, nagen andere am Hungertuch. Wir stehen für eine Umverteilung! Reiche Umlandgemeinden dürfen nicht nur von den Leistungen der Städte profitieren und dann Rückzugsort für Gutverdiener\*innen sein, die gerne die Schwimmbäder, Parks oder Bibliotheken jener Städte nutzen. Wir fordern Solidarität. Wir wollen die Kommunen, die mit maroden Straßen, Leerstand und Abwanderung kämpfen nicht allein im Regen stehen lassen. Der ländliche Raum muss finanziell und personell gefördert werden, um als lebenswerter Arbeits- und Wohnstandort in Frage zu kommen.

Der demographische Wandel und der Prozess der Urbanisierung sind voll im Gange. Wir Jusos wollen, dass jede\*r unabhängig von dem Wohnort an Sozial-, Bildungs- und kulturellen Einrichtungen und Angebote teilhaben kann. Sozialdemokratische Kommunalpolitik muss mit Infrastrukturpolitik verbunden werden. Wir müssen Mobilität für alle in Thüringen garantieren.

- Die Thüringer Kommunen brauchen mehr Geld! Die Grundversorgung muss flächendeckend abgesichert und die strukturschwachen Regionen müssen mit Strukturfördermitteln unterstützt werden. Für Projekte vor Ort müssen Investitionshilfen zur Verfügung gestellt werden. Die Einteilung in Pflicht- und „freiwillige“ Aufgaben gehört endlich abgeschafft. Haushaltssperren auf dem Rücken der Schwachen vor Ort müssen ein Ende haben.
- Die Aussetzung der Gebietsreform darf nicht zum Reformstau führen. Deshalb muss die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden.
- Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss auch auf dem Land innerhalb akzeptabler Zeiten und Wegegarantiert werden.
- Es braucht mehr sozialen Wohnungsbau! Die etablierten Wohnungsbaugenossenschaftsmodelle müssen auch für kleinere Kommunen endlich attraktiv gemacht werden, z.B. durch Kooperationsmodelle mehrerer Kommunen.
- Der ÖPNV, Radwegeverkehr und Elektromobilität müssen gefördert werden. Der Ausbau des Schienennetzes muss wieder in den Fokus regionaler Verkehrsentwicklung rücken. Das Auto muss seine privilegierte Stellung in der Planung von Infrastrukturmaßnahmen verlieren.
- Wir fordern ein echtes landesweites bezahlbares Azubi-Ticket für Azubis, BVJ-ler\*innen, Freiwilligendienstleistende und Oberstufenschüler\*innen. Unser langfristiges Ziel ist es, ein flächendeckendes kostenfreies Mobilitätsticket für alle Thüringer\*innen.

- Daseinsvorsorge gehört in die staatliche Hand. Deshalb müssen Rekommunalisierungen unterstützt werden.
- Wir fordern ein eigens aufgelegtes Programm für Strukturfördermittel in Kooperation von Land und Bund, das sich auf die förderungsbedürftigen Regionen in Thüringen bezieht, besonders den Norden und der Osten.

## **Ausgrenzung und Abwertung? Marx neu!**

Wir Jusos erkennen Integration als Querschnittsaufgabe an, die nicht nur Migrant\*innen betrifft, sondern uns alle angeht. Wir bieten Lösungen für alle an. Denn wir alle wollen sicher in Thüringen leben, wir alle wollen faire Arbeitsbedingungen und guten Lohn, wir alle wollen die gleichen Bildungschancen unabhängig von unserer Herkunft und wir alle wollen einen handlungsfähigen Rechtsstaat, auf den wir uns verlassen können. Unsere Politik ist immer eine Politik für alle, die in Thüringen leben. Menschen mit Migrationshintergrund denken wir dabei immer mit. Unsere Solidarität und unser Gerechtigkeitsgefühl enden nicht bei Staatsangehörigkeit, Hautfarbe oder Muttersprache.

Den besonderen Herausforderungen von Migration begegnen wir mit:

- einer pragmatischen Förderung der Arbeit der psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete wie refugio e.V. durch das Land, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem keine passenden Angebote finden,
- einem Einwanderungsgesetz unabhängig von zu erfüllenden Leistungen, da wir der Auffassung sind, jede Person soll selbst entscheiden dürfen, wo sie leben möchte.
- einer Ausbildungsstrategie für Geflüchtete, unabhängig von ihrer Bleibeperspektive, und für Einwander\*innen
- einem Abschiebestopp für Menschen, die sich in Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnissen befinden. Darüber hinaus lehnen wir Abschiebungen ab und streiten für das globale Recht auf Flucht und Migration.
- einem Wahlrecht auf kommunaler Ebene und Landesebene auch für Drittstaatler\*innen nach Vorlage des Wahlrechts für Unionsbürger\*innen, da politische Teilhabe zur Integration gehört. Langfristig sollte ein Wahlrecht für Drittstaatler\*innen und EU-Bürger\*innen angestrebt werden, dass jeder\*m zusteht, die\*der mindestens ein Jahr in Deutschland wohnt.
- einer Unterstützung auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz mit einheitlichem Fachkräftebegriff und der Möglichkeit des sog. Spurwechsels vom Asyl in die Arbeitsmigration, denn Arbeit ist ein Motor der Integration.

## **Sicherheit statt Freiheit? Marx Neu!**

Das Politikfeld innere Sicherheit diene schon immer auch dazu, Freiheits- und Minderheitenrechte über die Konstruktion von Bedrohungsszenarien einzuschränken. Diese Entwicklung wird durch rechte Parteien und Organisationen ebenso befeuert, wie durch konservative Politik, welche die Annahme vermitteln, dass sich Sicherheit nur durch ein wie auch immer geartetes härteres Durchgreifen verwirklichen ließe. In der Frage, was Vorrang habe, Sicherheit oder Freiheit, wurde in den vergangenen Jahren vermehrt ein Gegensatz zwischen beiden Positionen diskutiert, wobei sich das Verhältnis stets zu Ungunsten der Freiheit verschoben hat. Fast unbemerkt aufgrund gefühlter Bedrohungen und im Schatten anderer tagespolitischer Themen wurden viele Einschränkungen der persönlichen Freiheit nahezu unbemerkt auch mit Hilfe der regierenden SPD durchgewunken. Mit der Neuauflage der GroKo und dem CSU Innenminister hat dies noch an



Schärfe zugenommen und der SPD ist es bisher nicht gelungen, hier einen Gegenentwurf zu entwickeln. Wir Jusos betrachten kritisch, wie innere Sicherheit für die Thüringer SPD zunehmend ein Thema wird, durch das versucht wird sich von anderen linken Parteien abzugrenzen. Linke Politik darf sich aber der Logik rechter und konservativer Ideologien nicht bedienen. Der Wunsch vieler Menschen nach mehr Sicherheit darf nicht zu einer Einschränkung von Freiheitsrechten und Stigmatisierung von Minderheitenrechten führen. Das sozialdemokratische Verständnis zu innerer Sicherheit muss das Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in den Blick nehmen. Wir brauchen eine Debatte zur Bewertung von Gefahren und Risiken und zur Einschätzung von Ursachen und Wirkung von Kriminalität. Die Bewertung von Gefahren muss sich an der Realität orientieren und das politische Handeln daraus ableiten. Angesichts brennender Flüchtlingsheime, vermehrter rassistischer Übergriffe und einer hohen Zahl rechter Gefährder\*innen wurde beispielsweise bis heute kein einziges Gesetz verschärft oder Grundrechte potenzieller Täter\*innen eingeschränkt.

Wir fordern:

- Eine verstärkte Kommunikation in Bezug auf die Ursachen und Präventionsmöglichkeiten von Gewalt und Kriminalität durch politische Akteur\*innen.
- Bessere Versorgung der staatlichen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden mit gut ausgebildetem Personal, welches im Besonderen auf würdevollen Umgang mit Menschen geschult ist, sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Polizist\*innen durch aktives Gesundheitsmanagement, Weiterbildungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- eine kritische Evaluation des Pilotprojekts zur Ausstattung der Polizei mit Body Cams, da sie bei derzeitiger Nutzung einen weiteren Schritt zur Überwachung darstellen und Tür und Tor öffnen für weitere Einschränkungen von Grundrechten. Dazu gehörten eine unabhängige Datenauswertung und das Sicherstellen der Datenschutzrichtlinien.
- Ein Landespolizeiaufgabengesetz, welches Polizist\*innen entlastet, Bürokratie abbaut und die Eingriffsrechte von Polizist\*innen, entsprechend der im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung, auf ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Maß reduziert
- Eine staatlich unabhängige Polizeibeschwerdestelle. Ein Ausweiten des Gefahrenbegriffs wie bspw. in Bayern muss konsequent abgelehnt werden. Eine vom Innenministerium unabhängige Beschwerdestelle sowie eine grundlegende Überarbeitung interner Ermittlungsverfahren.
- Verstärkte Bemühungen im Kampf gegen Racial Profiling durch eine kritische Überprüfung und Überarbeitung der Landespolizeigesetze wobei der Ermessensspielraum bezüglich Personenkontrollen begrenzt und gleichzeitig Standards für einen begründeten Verdacht für das Durchführen von Kontrollen festgelegt werden muss. Gleichzeitig müssen Beamt\*innen hinsichtlich der Ursachen und Folgen von Racial Profiling weiterhin verstärkt aufgeklärt und sensibilisiert werden.
- Eine deutliche Ablehnung der SPD Thüringen zur Einrichtung der sogenannten Wachpolizei, wie sie in anderen Bundesländern bereits existiert.
- Die bessere Präsenz der Polizei in den ländlichen Gebieten und ein umfassendes Konzept der kommunalen Kriminalitätsprävention sowie flächendeckender Gewaltschutzprogramme.
- Beschränkung der Aufgaben des Verfassungsschutzes auf das verfassungsrechtliche Maß, also den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung, statt einer Ausweitung auf Prävention und Vermischung mit polizeilichen Aufgaben.

## Nazis? Support your local Antifa!

Im Kampf gegen Rechts zeigen sich zunehmend die Grenzen staatlichen Handelns und damit einhergehend die gestiegenen Anforderungen an zivilgesellschaftlichem Engagement. Gleichzeitig wird antifaschistisches Engagement kriminalisiert und das linke Lager in ein vermeintlich gutes bürgerliches Lager und eins, der rechten Szene gleichzusetzendes, linksextremistisches Lager gespalten. Konservative und rechtspopulistische Parteien sind stets um eine Abgrenzung nach rechts und links bemüht und verstärken damit den Anschein, dass beides gleichzusetzen ist. Die Ablehnung des Extremismusbegriffs ist wichtig für den Kampf gegen Rechts, denn er verklärt den Blick auf gesellschaftliche Realitäten, wie die Tatsache, dass sogenannte extremistische Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Mit dem Begriff des Linksextremismus werden immer wieder Antifaschist\*innen kriminalisiert. Widerstand gegen Rechts lässt sich nicht in Gut und Schlecht unterteilen. Für einen wirksamen Protest braucht es Solidarität zwischen den Akteur\*innen und eine breite Mobilisierung.

Wir fordern:

- Eine konsequente Ablehnung der Gleichsetzung zwischen Links und Rechts durch alle Akteur\*innen in der SPD.
- Eine kritische Überprüfung der Einordnung vermeintlich linksextremistischer Organisationen durch das Innenministerium in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und gegebenenfalls Beendigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.
- Ein verstärktes Engagement der Thüringer SPD im Kampf gegen Rechts durch eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und antifaschistischen Engagements vor Ort.

## Veraltete Justiz? Marx neu!

Die Einschränkung von Grundrechten betrachten wir mit Sorge. Das klassische Verständnis liberaler Rechtsstaatlichkeit wurde in den vergangenen Jahren ausgehöhlt. Die Unschuldsvermutung ist für uns ein hohes Gut! Systematische Früherkennung führt zu Fehlern - schon im Hier und jetzt. Damit muss Schluss sein! Der Staat muss zu seiner Schutzfunktion gegenüber allen Menschen stehen!

Wir fordern:

- Ein verstärktes Engagement der Thüringer SPD zur Stärkung der liberalen Rechtsstaatlichkeit in Bund und Land
- Eine Antirassismus- und Antidiskriminierungsklausel in der Landesverfassung sowie ein Landesantidiskriminierungsgesetz für Thüringen, welches bestehende Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes schließt und einem umfassenden Schutz der Menschen vor Rassismus und Diskriminierung gewährleistet.
- Das Ersetzen des Wortes „Rasse“ durch „aus rassistischen Gründen“ in allen Gesetzestexten und der Verfassung
- Personalaufstockung im Bereich Justiz
- Die Rücknahme der Kürzung der Unterhaltshilfe für Rechtsreferendar\*innen
- Stärkung der Strafjustiz durch einen Ausbau der Aus- und Fortbildungsinhalte unter anderem in Bezug auf Rassismus und Diskriminierung und Opferschutz.

## **Umweltverschmutzung und Wegwerfgesellschaft? Marx neu!**

Ökologie- und Nachhaltigkeitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, deren Ziel es ist, die Lebensgrundlage für Mensch und Natur zu erhalten und sie nicht zur Verhandlungsmasse in profitorientierten Entscheidungsprozessen verkommen zu lassen. Thüringen, das grüne Herz Deutschlands muss sich seinen Namen auch verdienen. Zwar setzt sich Rot-Rot-Grün dafür ein, dass Thüringen ökologischer und nachhaltiger wird, aber es ist noch viel Luft nach oben.

Der menschengemachte Klimawandel zeigt sich schon heute durch stärker werdende Wetterextrema und gravierende Auswirkungen auf Mensch und Natur. Allein der außergewöhnlich heiße und trockene Sommer lässt erahnen, wie sich die Klimabedingungen auch in Thüringen verändern. Darauf müssen wir entschieden reagieren und unsere Lebens- und Wirtschaftsweise sowie unsere Politik anpassen.

Unsere Aufgabe muss es zudem sein, die Lebensqualität in den Thüringer Städten und Gemeinden zu verbessern. Wir brauchen eine bessere Luft-, Wasser- und Bodenqualität und größere Schutzgebiete für Natur und Umwelt. Wir müssen die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und entschieden umsetzen. Nur so können wir den Herausforderungen unserer Zeit entgegen.

Wir fordern:

- Die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate in ganz Thüringen zum Schutz unserer Landschaften.
- Die Aufforstung mit Mischkulturen, insbesondere an Landstraßen. Gleichzeitig muss die Begrünung der Städte mit Hilfe von Landesförderprogrammen gestärkt werden.
- Programme für Biodiversität und Insektenschutz.
- Den ungebremsten Einsatz für erneuerbare Energien und den Ausbau der Netzinfrastruktur.
- Die Abschaffung von Massentierhaltung. Der Wandel von konventioneller Tierzucht zu biologischer Tierhaltung muss forciert werden.
- Unterstützung für Landwirt\*innen, die den Wandel mitgestalten wollen und klimagerecht anbauen.
- Die Stärkung der nachhaltigen Recyclingwirtschaft und der Sharing Economy sowie den generellen Einsatz für Abfallvermeidung.

Uns sorgt, wie es um Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft steht. Uns irritiert, dass unsere Sorge keine laute politische Stimme mehr hat und uns ärgert, dass unsere Partei nicht diese Stimme ist. Darum gehen wir in alle Gremien der Partei, vom Ortsverein bis zum Landesvorstand. Darum beanspruchen wir vordere Listenplätze bei den Kommunalwahlen und einen der ersten 5 Plätze bei der Landtagswahl.

## **B3 - Noch Up To Date? - Verbesserung des Medienkundeunterrichts in Thüringen**

Die Jusos Thüringen fordern, dass Schüler\*innen und Lehrkräfte beim Erlernen von Medienkompetenzen besser unterstützt werden müssen. Darüber hinaus soll versucht werden, die im Kursplan Medienkunde 2010 festgelegten Ziele besser zu vermitteln.

## **B6 - Kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schüler\*innen bis zum Abitur**

Aktuell werden Monatskarten für den Schulweg bereits ab der ersten Klasse nur ab einer bestimmten Mindeststrecke von Zuhause zur Schule erstattet, die in manchen Landkreisen sogar nur für den Schulweg, nicht aber in der Freizeit nutzbar ist. Zudem werden die Kosten nur bis zur einschließlich 10. Klasse vollständig erstattet; Abiturient\*innen bekommen in der elften und zwölften Klasse nur einen Teilbetrag wieder. Das ist äußerst unfair, da die Mobilität junger Menschen trotz ihrer Wichtigkeit nur eingeschränkt unterstützt und immer öfter abhängig vom Geldbeutel der Eltern wird.

Deshalb fordern die Jusos Thüringen die Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für alle Schüler\*innen.

Dieses Ticket soll allen Schüler\*innen bis zum Ende ihrer Schullaufbahn zur Verfügung gestellt werden und für den gesamten ÖPNV im Gebiet um die Schule sowie in den Randgebieten ohne Mindeststrecke zur Schule gelten, egal, ob zur Schul- oder in der Freizeit. Dies entlastet finanziell schwächere Elternhäuser und erleichtert auch ehrenamtliches Engagement junger Menschen, vor allem im ländlichen Raum.

Das Ticket soll am Anfang des Schuljahres ausgestellt werden und für das ganze Schuljahr gelten. Die Maßnahme eines kostenlosen ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen kann jedoch nur ein Zwischenschritt sein zu dem Ziel den ÖPNV für alle kostenlos zu gestalten.

## **B7 - Schulsozialarbeit für alle**

Die Jusos Thüringen fordern die Landesregierung und im Besonderen die SPD-Fraktion im Landtag dazu auf die Schulsozialarbeit zu verstetigen und auszubauen.

Hierfür sind folgende Punkte umzusetzen:

Anhebung der über das Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz festgeschriebenen Mindestförderung, um Schulsozialarbeit landesweit umsetzen zu können.

Festsetzung eines Personalschlüssels mit folgenden Eckpunkten: mindestens eine Vollzeitstelle pro Schulstandort, bei Bedarf jedoch bis zu einer Vollzeitstelle je 100 Schüler\*innen.

## **B8 - Mehr Praktika für Schüler\*innen**

Die Jusos Thüringen fordern, dass Schulen verpflichtet werden, allen Schüler\*innen während ihrer Schullaufbahn frei wählbare Praktika im Umfang von mindestens zwei mal zwei Wochen ermöglicht wird.

## **B9 - Bundeswehr Werbeaktionen in Bildungseinrichtungen verbieten**

Um freiwillige Minderjährige zu rekrutieren, veranstaltet die Bundeswehr in großem Rahmen Aktionen in Bildungseinrichtungen wie Infotage oder Bildungsfahrten und hängt Werbung aus. Dies

ist jedoch scharf zu kritisieren, vor allem da der Militärdienst gegen zahlreiche Kinderrechte wie das Recht auf Schutz vor Arbeit, die Gefahren mit sich bringt oder das Recht auf Unversehrtheit verstößt. Deshalb fordern wir das Verbot sämtlicher Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen.

## **B10 - Bildung neu denken! – Mündig und souverän in der digitalen Gesellschaft**

Für gleiche Bildungschancen und dem souveränen und mündigen Umgang mit digitalen Medien ist es unbedingt nötig, die Medienkompetenzen bei Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten aber auch bei den Lehrenden zu fördern und nachhaltig zu stärken. Daher fordern die Jusos Thüringen:

### **A: für Schüler\*innen und Student\*innen:**

1. ein verbindliches Unterrichtsfach „Medienkunde, angepasst auf die heutigen Herausforderungen! Das gilt für Schüler\*innen als Lernende an Schulen und öffentlichen Bildungseinrichtungen, als auch für Student\*innen als angehende schulische, erzieherische und sozialpädagogischen Lehrende!
2. einen freien und kostenlosen Zugang zu Lernmaterialien und Lerninformationen im Netz. Open Source für alle Lernenden!
3. medienpädagogische Begleitung und Beratung im Schulalltag!
4. dass die Medienproduktion hinterfragt wird. Digitales Lernmaterial darf keinem gewinnorientierten Zweck dienen. Es darf keinen inhaltlichen Unternehmenseinfluss in der Bildung geben!

### **B: eine Entlastung und Unterstützung der Schulen und im Unterricht durch:**

5. eine klare Verantwortlichkeit des Staates zur Schaffung eines digitalen Zugangs und keine Abwälzung auf die Schulen. Bei Kostenplanung, Projektverwaltung und Infrastruktur müssen Schulen stärker und verlässlicher staatlich unterstützt werden!
6. trotz staatlicher Verantwortlichkeit, die Freiheit, ihre Konzepte weiterhin selbst definieren zu können und Teil der Gestaltung eines Unterrichtsfachs „Medienkunde“ zu sein!
7. das Einsetzen von regionalen zentralen Vernetzungsstellen! Hier sollen sich Schulen untereinander mit medienpädagogischer Unterstützung vernetzen und gemeinsam Medienbildung gestalten. Diese Vernetzung muss sich auch auf Landesebenen wiederfinden.
8. die Umsetzung konkreter Strategien und Lehrpläne für ein Medienkompetenzfach und fachübergreifende Lehrplanergänzungen zur Stärkung der Medienkompetenzen!
9. hauseigene Techniker\*innen in den Schulen für eine bessere Vermittlung zwischen dem Menschen und der Technik! Lehrer\*innen brauchen eine Anlaufstelle, um in die Technik eingeführt zu werden!
10. eine stärkere Einbindung von Medienpädagog\*innen aus außerschulischen Bildungsträgern. Sie übernehmen Beratungsfunktionen und Gremienarbeiten mit den Schulen und Lehrenden zusammen.

## **C: für die Aus- und Fortbildung bei Lehrer\*innen:**

11. die Schaffung eines Medienkompetenzkomplexes im Lehramtsstudium und freier Zugang zu Fortbildung zum Thema Medienbildung während oder nach dem Studium und Referendariat!
12. freien und kostenlosen Zugang zu Lern- und Lehrmaterial!
13. umfassende Schulung in Datenschutz und Mediendidaktik!

## **D: sichere Datenschutzbestimmungen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen durch:**

14. die Sicherung sensibler Daten von Schüler\*innen und Student\*innen! Es darf keine freie Verfügbarkeit von personenbezogenen Daten und Lernverhaltensstudien geben!
15. die Sicherheit von Daten der Lehrkräfte, Schulorganisation und Vertretungsplänen!
16. ein klares Bekenntnis gegen die Vorratsdatenspeicherung! Wer sich für Bildung stark macht, muss sich auch gegen die Vorratsdatenspeicherung stark machen!

## **D1 - Wehren gegen die Wehrpflicht**

Die Jusos Thüringen fordern die Abschaffung der Wehrpflicht, lehnen eine Einführung weiterer Dienstpflichtmodelle ab und fordern im Zuge dessen den Ausbau des Pflegesystems.

Auch weitere Dienstpflichtmodelle sind abzulehnen. Pflegenotstand und Personalmangel brauchen nachhaltigere Lösungen. Außerdem sollen junge Menschen ganz frei entscheiden können welchen Weg sie gehen. Und dabei wäre eine Dienstpflicht vielen individuellen Entwicklungen im Weg oder würde diese zumindest verzögern. Junge Menschen sollen natürlich bei der freien Entscheidung auch nach Wunsch zum Militär gehen oder einen Zivildienst machen können, aber alle dazu zu verpflichten schneidet die Freiheit stark ein, löst die Probleme nicht effektiv und nachhaltig und ist auch nicht von Bedarf.

Deswegen müssen Freiwilligendienste wie das FSJ gefördert werden, durch bessere Bewerbung in Form von Beratung an Schulen und durch eine deutlich höhere Vergütung mit dem Mindestlohn. So können mehr junge Menschen ein FSJ machen und es ist sehr wahrscheinlich, dass mehr Menschen eine Ausbildung im sozialen Bereich beginnen und dort auch einen Beruf ergreifen.

Weiterhin muss das Pflegesystem für die nachhaltigen Lösungen gegen den Pflegenotstand ausgebaut werden. Dies umfasst mehr Pflegekräfte, mehr Investitionen und weitere nachhaltige Maßnahmen.

## **D3 - Wahlrechtsgrundsätze gelten auch für psychisch Kranke**

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Das Wahlrecht ist das höchste Gut einer Demokratie. In der Bundesrepublik Deutschland findet sich seine Verankerung in Art. 20 Abs. 2 GG. Eine\*n Deutsche\*n vom aktiven Wahlrecht auszuschließen ist deshalb zu Recht mit hohen Hürden verbunden. Neben solchen, denen das

Wahlrecht durch einen Richter\*innenspruch aberkannt wurde, und jenen, denen eine gesetzliche Betreuung in allen Belangen zugewiesen ist, trifft es auch solche, die sich auf Grund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 StGB in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden. Diese Diskriminierung wollen wir beenden. Menschen, die in forensischen Psychiatrien untergebracht sind unterscheiden sich im jeweiligen Aspekt nicht von Menschen im Strafvollzug bzw. Menschen, die in anderen psychiatrischen Einrichtungen untergebracht sind und sollten beim Wahlrecht deshalb auch nicht ungleich behandelt werden.

Die Jusos Thüringen fordern daher die Streichung von § 2 Nr. 3 ThürKWG, § 14 Nr. 3 ThürLWG sowie § 13 Nr. 3 BWahlG. Der Landesvorstand der Jusos Thüringen wird diesen Antrag beim nächstmöglichen Landesparteitag der SPD Thüringen einbringen und um die Forderung einer entsprechenden Bundesratsinitiative durch das Land Thüringen ergänzen.

## **D4 - Kinder- und Jugendpolitik stärker in den Fokus rücken!**

Die Jusos Thüringen fordern die Einrichtung eines Jugend-Checks in Thüringen, um Politik und Verwaltung im Freistaat für Belange der Kinder- und Jugendpolitik zu sensibilisieren.

Der Jugend-Check ist eine systematisch-wissenschaftliche Gesetzesfolgenabschätzung, die Gesetzesentwürfe im Hinblick auf die beabsichtigten und unbeabsichtigten Auswirkungen auf junge Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren überprüft. Der Jugend-Check wurde auf Bundesebene bereits in der vergangenen 18. Legislaturperiode, auf Initiative des Bundesjugendministeriums, mithilfe jugendpolitischer Expert\*innen, entwickelt, und ist zentraler Bestandteil der Jugendstrategie. Nun muss der Jugend-Check auch auf Landesebene etabliert werden. Dabei müssen allerdings alle Kinder, auch solche im Alter von unter 12 Jahren, berücksichtigt und die möglichen Gesetzesfolgen in den Prüfvorgang integriert werden!

### **Im politischen Alltag ist oft kein Platz für die Jüngsten in unserer Gesellschaft.**

Die Belange der Jugend finden im politischen Tagesgeschäft oft keine Berücksichtigung – denn junge Menschen sind als politische Interessengruppe in Parlamenten und in der öffentlichen Debatte noch immer unterrepräsentiert. Das schließt nicht nur eine ganze Bevölkerungsgruppe aus dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung aus, sondern gefährdet langfristig auch unsere parlamentarische Demokratie und untergräbt ihre Legitimation. Denn Kinder und Jugendliche, deren ohnehin schon niedriges Vertrauen in Parlamente und Parteien immer weiter sinkt, werden dazu gebracht, sich völlig zu entpolitisieren, was mit einem politischen Bedeutungsverlust einhergeht – oder aber sie werden dazu verleitet, sich politischen Extremen zuzuwenden.

### **Kinder- und Jugendpolitische Aspekte müssen stärker in den Gesetzgebungsprozess mit einbezogen werden.**

Um der beschriebenen Entwicklung entgegenzuwirken, muss in Thüringen, in Zusammenarbeit von Jugendverbänden, den zuständigen Ministerien sowie wissenschaftlichen Forschungsinstituten, der Jugend-Check eingeführt werden. Als Instrument, bestehende Gesetze sowie Gesetzesentwürfe auf ihre Auswirkungen auf die junge Generation wissenschaftlich zu prüfen, diese Auswirkungen detailliert aufzuzeigen und die Ergebnisse der Checks den politischen Akteurinnen und Akteuren an die Hand zu geben. So wird ihr Augenmerk auf jene gelenkt, die es sonst schwer haben, sich politisches Gehör zu verschaffen.

Die Belange der Jugend sind relevant, und müssen in der Planung von Gesetzesvorhaben auf landes- und kommunalpolitischer Ebene unbedingt berücksichtigt werden. Deshalb müssen wir

Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit mithilfe des Jugend-Checks informieren und sensibilisieren – damit sie ihrer Verantwortung gegenüber der Jugend gerecht werden!

## **H1 - Onlinepolizei.de für Thüringen!**

Wir fordern die Schaffung einer digitalen, ortsunabhängigen, polizeilichen Meldestelle von Straftaten, mit besonderem Fokus auf Straftaten im Internet. Hierfür müssen die personellen Kapazitäten gesteigert werden, damit keine bloße Umverteilung zulasten der sonstigen Polizeiarbeit geschieht. Polizist\*innen der Onlinewache gehören zudem verpflichtet, regelmäßige Schulungen im Bereich Internet-Kriminalität zu absolvieren. Zudem muss den meldenden Personen eine Garantie auf Anonymität gewährleistet werden.

## **H2 - Psychologische Betreuung auch für Polizeikräfte!**

Wir fordern den Ausbau von psychosozialen Beratungsstellen innerhalb der Polizeivertrauensstelle des Freistaat Thüringens für alle Polizeibeamt\*innen. Diese sollen den Beamt\*innen kostenfrei zur Verfügung stehen. Dabei muss zum Schutz der Betroffenen ein Rückfluss von Informationen an die Einheiten verhindert werden.

## **H3 - Kein Schlussstrich**

Die Jusos Thüringen fordern, dass kein Schlussstrich bzgl. des NSU-Komplexes gezogen wird. Wir fordern ein fortwährendes Gedenken an die Opfer des NSU und deren Angehörigen und Hinterbliebenen. Außerdem fordern wir eine Ermittlungskommission der Polizei und Ermittlungsausschüsse im Bundestag sowie den Landesparlamenten von Thüringen, Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Am 11. Juli 2018 wurde das Urteil im sogenannten "NSU-Prozess" gefällt. Dies erbrachte allerdings in keinsten Weise eine lückenlose Aufklärung. Diese ist aber dringend notwendig um Unterstützer\*innen, rechte Netzwerke, staatliches Versagen und Mittäterschaft rund um den NSU-Komplex aufzuklären. Dies sind wir zuallererst den Opfern und Hinterbliebenen schuldig. Aber es ist auch notwendig, um alle Menschen zu schützen, die nicht in das Weltbild einer rechten Ideologie passen. Dass all diese Menschen einer Gefahr ausgesetzt sind, zeigt der NSU, aber auch die Entwicklungen in der Politik und die Geschehnisse auf der Straße (z. B. Chemnitz). Einen Schlussstrich zu ziehen, bedeutet abzuschließen. Abschließen können wir auf gar keinen Fall mit der rassistischen und faschistischen Vergangenheit auf keinen Fall. Insbesondere nicht vor dem Hintergrund des Rechtsrucks den unsere Gesellschaft durchmacht. Als Jusos verstehen wir uns als antifaschistischen Richtungsverband. Außerdem verpflichtet unser antifaschistisches Selbstverständnis uns zum Respekt und zur Solidarität gegenüber Opfern, Betroffenen und Hinterbliebenen rechter Gewalttaten. Dazu gehören auch die Opfer und ihre Hinterbliebenen des NSU. Auch darum muss weiterhin ermittelt und aufgeklärt werden was den NSU betrifft.

Eine Form dazu ist das Einrichten parlamentarischer Untersuchungsausschüsse und einer Kommission bei der Polizei. Die Menschen, die damit die entsprechende Kompetenz haben, haben somit die Aufgabe die lückenlose Aufklärung zu gewährleisten. Dazu ist es notwendig diesen



Menschen alle vorhandenen Akten, Zeug\*innen und Informationen, die den NSU, dessen Unterstützer\*innen und weitere in den Komplex verstrickte in irgendeiner Weise betreffen, ohne jede Zensur zugänglich zu machen.

Über die Aufklärung hinaus ist es auch wichtig zu erinnern und zu gedenken. Aus Respekt den Opfern gegenüber dürfen wir nicht vergessen, was ihnen und ihren Hinterbliebenen mit den Taten des NSU und dem Behördenversagen angetan wurde. Dieses Gedenken dürfen wir nicht nach einer lückenlosen Aufklärung beenden, denn was geschehen ist, können und dürfen wir nicht vergeben und nicht vergessen.

Und darum werden wir niemals einen Schlusstrich ziehen.

## **I1 - Internationalismus im Wahlkampfjahr 2019!**

Der Internationalismus ist in den letzten Jahren immer mehr unter Druck geraten. Wir Jusos Thüringen verstehen unsere internationalistische politische Arbeit darin uns für eine internationale Zusammenarbeit und Verständigung einzusetzen. Wir verstehen Internationalismus als etwas, das im Alltag lebbar ist und nicht erst mit Institutionen und im Ausland beginnt. In Thüringen als Bundesland mit einer sehr homogenen Bevölkerungsstruktur und mit dem Anstieg nationalen Gedankenguts kommt dem eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen, dass Menschen aller Hintergründe – sprachlich, sozial, kulturell, religiös, wirtschaftlich – in Thüringen frei von Rassismus und Antisemitismus und anderen Formen der Exklusion leben können. Neben unserer eigenen politischen Bildungsarbeit im Verband setzen wir uns dafür ein, Europa und interkulturellen Austausch für alle sozialen Milieus erlebbar zu machen. Wir Jusos werden mit Zivilcourage, Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit auf rassistische und antisemitische Exklusion reagieren und die politische Debatte mitprägen: Mit Zivilcourage in Bahnen und öffentlichen Orten, mit Demonstrationen in Thüringen, in unserer alltäglichen politischen Arbeit. Mit den Wahlen 2019 in den Kommunen, im Land und in der EU gilt es, dass internationale Profil auf allen Ebenen zu schärfen.

Eine zentrale Rolle dabei, Internationalismus für alle erlebbar zu machen, spielen Städtepartnerschaften. Kommunen in Thüringen pflegen zurzeit Partnerschaften mit anderen Kommunen aus ca. 20 Ländern auf fünf verschiedenen Kontinenten. (<https://www.thueringen24.de/thueringen/article211482255/Thueringer-Kommunen-haben-Partnerstaedte-auf-der-ganzen-Welt.html> [Stand 2017])

Während schon viele Chor-, Sport- und Schulaustausche in Thüringens Kommunen organisiert werden, fordern wir einen stärkeren Ausbau der Zusammenarbeit mit den vielen Partnerstädten. Ziel soll es sein, Angebote des interkulturellen Austausches für alle Altersgruppen zu schaffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf das Einbeziehen unterschiedlicher sozialer Hintergründe gelegt werden soll.

Die Jusos Thüringen solidarisieren sich mit Initiativen vor Ort, von Integrationskursen, über internationalen Cafés bis hin zu internationalen Sportvereinen. Solche Initiativen leisten einen immensen zivilgesellschaftlichen Beitrag. Dafür muss gewährleistet sein, dass sie weiterhin in finanzieller und räumlicher Sicherheit ihre Arbeit ausüben können. Wir Jusos Thüringen verstehen uns dabei auch als Sprachrohr, um Anliegen von Initiativen aufzunehmen, in politischen Strukturen in den Städten umzusetzen und in die SPD zu tragen.

Wir fordern den Freistaat Thüringen auf, die Hochschulkooperationen, den Austausch von Studierenden, Angestellten der Universitäten und Wissenschaftler\*innen, weiter auszubauen. Wissenschaft ist international. Vielfältige Kooperationen ermöglichen neue wissenschaftliche, wirtschaftliche und soziale Impulse und Perspektiven. Dafür braucht es ein klares Bekenntnis der

Landesregierung gegen Fremdenfeindlichkeit und ein möglichst breites Angebot der Betreuung, sowie einen weiteren Ausbau englischsprachiger Studiengänge.

Wir unterstützen die von der Thüringer Landesregierung unternommenen Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im Rahmen des Thüringen Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und fordern deren weitere finanzielle Unterstützung und ihren weiteren Ausbau. Mit der realen Möglichkeit einer rechten Landesregierung besteht auch die Gefahr die damit einhergehenden Schul-, Verbands- und Präventivprogramme einzudämmen. Wie fordern die Thüringer SPD und die rot-rot-grüne Regierung daher auf, sich im Wahlkampf für den Ausbau und das Beibehalten des Programms stark zu machen.

Sowohl auf Kommunal-, als auch auf Landes- und Europaebene verstehen wir es als Aufgabe eines politischen Systems gesellschaftliche Aufgaben und Probleme wie wirtschaftliche Stellungen und regionale Interessen aufzunehmen und abzubilden. Wir fordern deshalb die Bundes-SPD auf, bei der Listenplatzvergabe alle Landesverbände in den ersten sechzehn Listenplätzen vertreten zu haben, um auch in Ostdeutschland eine Vertretung der Region und eine Verbindung zu Europa zumindest in Ansätzen zu sichern. Dabei kommt Ostdeutschland, aber auch anderen strukturschwachen Regionen innerhalb der Europäischen Union, eine besondere Bedeutung zu, vermag die EU dem Entwicklungsgefälle zwischen starken und schwachen Regionen entgegenzuwirken. Im Rahmen des EU Programms zur Förderung sozialer Inklusion und Bekämpfung von Armut ist für Thüringen besonders der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und die Bekämpfung von Kinderarmut relevant.

Der Europäischen Union muss demokratischer und transparenter werden! Wir fordern die Bundes-SPD und die PES auf ihr sozialdemokratisches Profil zu schärfen. Gerade die Überwindung der sozialen Unterschiede zwischen Süd-Nord, aber auch Ost-West müssen sozialdemokratisches Kernthema sein. Wir fordern die SPD und die PES auf, sich dem europaweiten Rechtstrend entgegenzusetzen. Dafür müssen ungleiche Arbeitsbedingungen und Sozialstandards so verbessert werden, dass die sozialen Ungleichheiten eingedämmt werden. Auch die Demokratisierung der EU durch ein stärkeres Parlament muss vorangetrieben werden. Nicht zuletzt gilt es, auch in Zeiten des politischen Drucks eine humane Flüchtlingspolitik zu gestalten.

## **I2 - Kein Freihandel mit Afrika**

Die Jusos Thüringen lehnen eine Freihandelszone zwischen der EU und der Afrikanischen Union ab. Stattdessen soll ein asymmetrisches Abkommen zu Gunsten afrikanischer Staaten dazu beitragen, dass die weniger entwickelten Länder Afrikas gestärkt werden und die sozialen Ungleichheiten bekämpft werden. In diesem Zusammenhang sollten alle bereits bestehenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten überarbeitet werden. Das Handelsabkommen hat zwar zur Folge, dass die Staaten der Afrikanischen Union ohne Zollbarrieren auf dem europäischen Markt handeln können, allerdings gilt das gleiche für europäische Staaten auf afrikanischen Märkten. Damit können etwa landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgrund von Agrarsubventionen sehr viel billiger angeboten werden. Damit stehen diese in direkter Konkurrenz zu den inländisch produzierten Gütern, deren Verkauf für viele zwingend als Lebensgrundlage dient. Die afrikanische Wirtschaft ist nicht konkurrenzfähig mit der Europäischen, da die Europäer\*innen über klare technologische und produktionswirtschaftliche Vorteile im verarbeitenden Gewerbe gegenüber Afrika verfügen. Die momentan implementierten Handelsregelungen leisten zudem nicht den erwarteten Beitrag zur Armutsbekämpfung in den ärmsten afrikanischen Staaten. (<http://www.euractiv.de/section/entwicklungspolitik/news/umstrittenes-eu-freihandelsabkommen-mit-afrika-in-kraft>) Die EU möchte sich mithilfe der EPAs (Economic Partnership Agreements) lediglich eine Vormachtstellung im afrikanischen Markt sichern. (<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12.mondeText.artikel,a0043.idx,13>) Somit werden die Fluchtursachen einiger Länder verstärkt.

## **I3 - Ein starkes Zeichen für Europa**

Wir, die Jusos Thüringen, fordern ein starkes Zeichen für Europa. Ein Zeichen für unsere Stärken und zwar die Solidarität und den Internationalismus. Deshalb wollen wir einen neuen gesetzlichen Feiertag. Dieser soll am 09. Mai sein, also am „Europatag“. Es ist nicht nur ein Zeichen für Europa und Freiheit, sondern auch gegen Rechts und Nationalismus. Jede\*r sollte so auch mehr begreifen können, wie wichtig Europa für die Bundesrepublik Deutschland und Thüringen ist. Die S&D Fraktion im Europaparlament soll sich dafür einsetzen, dass dieser Tag in der gesamten EU am gleichen Datum gefeiert wird. Analog zum Tag der Deutschen Einheit soll in einer Stadt eine zentrale Feierlichkeit zum Europatag stattfinden.

## **K1 - Verbesserung des ländlichen ÖPNV**

Wir, die Jusos Thüringen, fordern eine wesentliche Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raumes vor allem in den Abendstunden. Varianten zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum gibt es viele. So könnten Sonder-/Nachtbusse nach Absprache mit den Gewerbetreibenden in der Gastronomie oder in der Unterhaltung und mit den Kulturtreibenden eingeführt werden. Eine andere Variante zur Lösung dieses Problems könnten Rufbusse darstellen. Diese werden durch einen kurzen Anruf informiert und fahren die jeweiligen Bushaltestellen an.

## **K2 - Gemeinsam fährt es sich besser – Ein einheitlicher Verkehrsverbund in Thüringen**

Die Jusos Thüringen fordern die Einführung eines einheitlichen Thüringer Verkehrsbundes, welcher den Landkreisen und kreisfreien Städten ein hohes Maß an Mitbestimmung an der Fahrplanplanung und Ticketpreisen gibt. Der Öffentliche Nahverkehr muss in Zukunft eine wichtige Alternative zum Individualverkehr darstellen, sowohl im städtischen, als auch im ländlichen und regionalen Bereich. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sollte insbesondere die Attraktivität von Bus und Bahn gesteigert werden. Dabei kann ein gemeinsamer Verkehrsverbund ein Schritt in die richtige Richtung sein. Denn es ist nicht mehr zeitgemäß, für eine Fahrt mit dem ÖPNV zwischen zwei Thüringer Städten teilweise drei Fahrkarten kaufen zu müssen. Doch neben dieser Vereinfachung des Tarifsystems bietet ein Zusammenschluss zu einem einheitlichen Verbund noch deutlich mehr Vorzüge.

### **Die Vorteile einer Vereinheitlichung**

Die Verbesserungen, die durch diese Reform eintreten würden sind, wie schon erwähnt, vielfältig und steigern die Attraktivität des ÖPNV deutlich. Schon der Fahrkartenverkauf bringt eine deutliche Veränderung: Mit dem richtigen Ticket kann man nun zusätzlich z.B. zur eigentlichen Bahnfahrt Bus und Straßenbahn sowohl am Start- als auch Zielort nutzen. Auch die Fahrt selbst könnte komfortabler verlaufen. Die langen Wartezeiten beim Umstieg würden ebenfalls in vielen Fällen der Vergangenheit angehören, durch den Zusammenschluss der einzelnen Verkehrsbetriebe werden die einzelnen Bus- und Bahnlinien besser aufeinander abgestimmt.

### **Umsetzung und Organisation des einheitlichen Verkehrsverbandes**

Grundlage und wichtigster organisatorischer Schritt ist eine gute interkommunale Zusammenarbeit der einzelnen Landkreise und Gemeinden. Ohne die Abstimmung zwischen den einzelnen

Verkehrsbetrieben können kaum Fortschritte erreicht werden, der Freistaat Thüringen kann hier nur unterstützend zur Seite stehen. Es zeigen sich aber in letzter Zeit, auch durch den Vorstoß der Rot-Rot-Grünen Landesregierung, durchaus verhalten optimistische Willenserklärungen der Landkreise. Eine Annäherung ist daher möglich. Wenn diese Absprachen dann erfolgt sind und über die Grundstruktur des Verkehrsverbandes diskutiert wird, fordern die Jusos Thüringen dabei den VMT (Verkehrsverbund Mittelthüringen) als Grundlage heranzuziehen. Der VMT hat sich seit seiner Gründung 2006 trotz einiger Kritikpunkte gut etabliert und umfasst mittlerweile die Städte Erfurt, Weimar, Jena, Gera und Teile der Landkreise Weimarer Land, Sömmerda, Gotha, Ilm-Kreis, Saale-Holzland-Kreis und dem Burgenlandkreis. Neben den örtlichen Verkehrsbetrieben sind auch die Deutsche Bahn und Abellio am Verbund beteiligt. Die anderen Thüringer Landkreise und deren Verkehrsbetriebe könnten sich daher dem VMT anschließen und so einen einheitlichen Verkehrsverbund schaffen, ohne von Grund auf eine neue Struktur zu etablieren. Das jetzt schon vorhandene Tarifsysteem des VMT würde dann in Absprache mit den Landkreisen auf die gesamte Fläche des Freistaats übertragen, wobei unbedingt auf die regionalen Besonderheiten geachtet werden muss. Mit diesem Schritt kann aus dem Mittelthüringer Verkehrsverbund ohne Schaffung einer komplett neuen Struktur eine landesweite Organisation werden.

## **Zukunftsansichten**

Neben den jetzt schon eintretenden Vorteilen ergeben sich durch den Zusammenschluss ebenfalls bessere Zukunftsansichten. Durch die zunehmende Digitalisierung ist eine Smartphone-App für Navigation, Ticketkauf, Fahrpläne und mögliche Verspätungen essentiell geworden. Die App des VMT bietet bereits viele dieser Funktionen und könnte dann auf den ÖPNV in ganz Thüringen ausgebaut werden. Darüber hinaus kann auch über die Einführung eines S-Bahn-Netzes in Thüringen nachgedacht werden, wie es beispielsweise der MDV im Großraum Leipzig-Halle vormacht. Schlussendlich wäre auch die Umsetzung eines Tickets für Auszubildende mit einem einheitlichen Verkehrsverbund in Thüringen keine große Diskussion mehr und könnte den vielen Azubis im Freistaat sehr zugute kommen.

Es ist also deutlich erkennbar, wie viele Vorteile ein einheitlicher Verkehrsverbund Thüringen bietet. Denn mit einem gemeinsamen Tarifsysteem, abgestimmten Fahrzeiten und einer gemeinsamen Strategie fährt es sich im Thüringer Nahverkehr einfach besser.

## **L1 - Schluss mit dem Semesterticket-Wucher!**

Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen zukünftig das Semesterticket für Studierende in ihre Verträge mit den Nahverkehrs anbietenden einpreist. Über die jeweilige Höhe soll sie mit den Studierendenvertretungen verhandeln und die Gebühren werden dann wie gewohnt über das Studierendenwerk abgerechnet.

## **P2 - Willy-Brandt-Haus besetzen**

Dass die Politik der SPD in den vergangenen Jahren zu wünschen übrig ließ, ist kein Geheimnis. Und dass die Partei etliche Male Beschlüsse und Umsetzungen mitgetragen hat, die ihrer Grundidee zuwiderlaufen, war auch keine Seltenheit. Die Jusos als ständiger Stachel des guten Gewissens der altehrwürdigen SPD protestierten immer wieder gegen die Auswüchse neoliberalen Denkens oder menschenfeindlicher Politik, die entweder direkt aus dem Willy-Brandt-Haus kamen oder aber von der SPD-Spitze unterstützt bzw. geduldet wurden.

Leider verhallte die meiste Kritik, ohne Auswirkungen auf die Entscheidungen der SPD. Das muss sich ändern. Bloße Pressemitteilungen und Demonstrationen scheinen nicht auszureichen, um die SPD an ihre Grundwerte und ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern, sie vom selbstgesteckten Weg in die Bedeutungslosigkeit abzuhalten. Die Jusos sollten beim nächsten Beschluss der Bundesregierung, beim nächsten Entwurf der Parteispitze, bei der nächsten Erklärung der Fraktion, die dem fundamentalen Kerngedanken der Sozialdemokratie zuwiderläuft aus Protest das Willy-Brandt-Haus besetzen.

Der Parteiführung und der Öffentlichkeit muss verdeutlicht werden, wie viel und wie sehr einiges in der SPD falsch läuft. Diese Protestform muss als Möglichkeit gesehen werden, dem stockenden Erneuerungsprozess wieder Schwung zu verleihen.

## **P3 - Wir wollen kein "Geistiges Eintopfgericht"<sup>1</sup> sein! Geschichte erhalten – Zukunft gestalten**

zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag.

Die Jusos Thüringen fordern die Errichtung einer Historischen Kommission Thüringen.

Thüringen ist das „Stammland der Sozialdemokratie“. In Gotha gründete sich am 23. Mai 1863 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Am gleichen Ort gelang es der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Deutschlands – deutschlandweit einmalig – in absoluter Mehrheit ein Kommunalparlament zu regieren. Auf dem Parteitag in Eisenach entstand 1869 das Programm, dass die Partei für Jahrzehnte, in Teilen bis heute, maßgeblich prägen sollte. Die Demokratisierung und Neudefinition fand in Erfurt 1891 statt. Die beiden Vorkriegsparteitage wurden 1911 und 1913 in Jena abgehalten. Die Nationalversammlung der ersten deutschen Demokratie tagte in Weimar. Auf Schloss Schwarzburg (bei Saalfeld) unterzeichnete der erste sozialdemokratische Reichspräsident der deutschen Geschichte die Verfassungsurkunde.

Aus Suhl stammt mit Max Urich einer der wichtigsten Gewerkschafter\*innen und Gegner\*innen des Nationalsozialismus. (Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen). Kein anderes Bundesland kann eine solche untrennbare Verbindung von Sozialismus und Demokratie aufweisen. Ein Grund zur Freude? Noch vor fünf Jahren beging die SPD auf Bundesebene das 150-jährige Gründungsjubiläum der Sozialdemokratie. Eine Partei mit einer stets zukunftsweisenden Geschichte – dies sollte und wollte die SPD zu sein. Nur wenige Sommer später beschließt der Bundesvorstand jedoch das „Gedächtnis der Partei“, die Historische Kommission (HiKo) aufgrund (wenig plausibler) notwendiger Einsparungen zu beenden.<sup>2</sup>

Insbesondere in Zeiten des sich verändernden politischen Klimas in Thüringen, in dem sich Rassismus, Antisemitismus, Homophobie – oder verallgemeinernd:

Ungleichwertigkeitsvorstellungen - nicht nur im politischen Raum erneut Bahn brechen ist ein „Vergessen“ und Hinausdrängen der sozialdemokratischen Historie aus den Strukturen der Partei nicht hinnehmbar. Die Stärke und Verbundenheit der Sozialdemokratie speist sich unter anderem aus den Diskriminierungserfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts und aus den gleichzeitigen Erfolgen beim Einsatz für die Demokratie. Diesen Erfahrungshorizont auszublenden und die historische Perspektive auszulagern vermag einen gut gehüteten Schatz der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Um just dieses Gedächtnis zu erhalten drängen die Jusos auf die Schaffung einer Historischen Kommission Thüringen – angegliedert an den Landesvorstand der SPD Thüringen. Damit soll die Erfolgsgeschichte der Thüringer SPD und Demokratie (mit all ihren Rückschlägen und Ambivalenzen) fortgeschrieben werden können. Aus diesem Erfahrungsschatz

heraus soll die zu schaffende Historische Kommission Thüringen sowohl den programmatischen und inhaltlichen als auch den organisatorischen und strukturellen Erneuerungsprozess der SPD Thüringen begleiten, Impulse für eine weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft erzeugen und mit Rekurs auf die historischen Erfahrungen der SPD und ihrer Mitglieder Wege und Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Zukunft der Republik in die politische Debatte eintragen. Nicht zuletzt kann die SPD Thüringen durch die Gründung der Historischen Kommission ein Zeichen gegen Revisionismus, Revanchismus und Demokratieerosion setzen, indem sie sich mit diesen Themenfeldern explizit auseinandersetzt. Die Gestaltung einer offenen Gesellschaft kann schließlich ohne die Kenntnisse ihrer Widerstände nicht gelingen. Oder, um es mit den Worten Richard von Weizsäckers zu sagen: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“

1 Herbert Wehner (SPD) über Georg Kliesing (CDU), Bundestagsdebatte 1956.

2 Die HiKo verfügt(e) über eine finanzielle Ausstattung von 20.000 € / Jahr. Zum Vergleich: für Wahlwerbung investierte die SPD im Bundestagswahlkampf des Jahres 2017 24.000.000 €.

## U1 - Insektenanteil in Lebensmitteln

Die Jusos Thüringen fordern, dass der gekennzeichnete Insektenanteil in Lebensmitteln und damit einhergehenden Produktionsrichtlinien zu Qualität und Hygiene schneller umgesetzt werden.

## U2 - Nachhaltigere Verpackungen jetzt!

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Wir setzen uns für nachhaltige Verpackungen ein und wollen Anreize schaffen, dass verstärkt auf Plastik verzichtet wird! Deshalb fordern wir:

- ein weitreichendes Verbot für Plastikverpackungen in der Europäischen Union, das schrittweise immer mehr Verpackungsarten aus dem Handel verdrängt. Schon heute sind ausreichend praktikable nachhaltigere Alternativen für Verpackungen aus Plastik oder Papier auf dem Markt. Diese sind biologisch abbaubar aus natürlichen Rohstoffen (z.B. Kartoffelstärke) oder wiederverwendbar (z.B. Glas) oder recycelt bzw. recyclebar.
- eine EU-weite Plastiksteuer für
- die staatliche Subventionierung von nachhaltigen Verpackungen. Dieser Eingriff der öffentlichen Hand soll verhindern, dass die zunächst steigenden Kosten durch höhere Verpackungskosten auf die Kund\*innen umgelegt werden. Nachhaltiges Leben muss für alle bezahlbar sein. Die Subventionierung kann zudem durch die Plastiksteuer getragen werden.
- dass das Credo „Die beste Verpackung ist die, die es nicht gibt“ stärkeren Einzug in den Handel erhält.“

## **U3 - Mehrwegsystem – auch für Kaffeebecher**

Die Jusos Thüringen fordern eine umfangreiche Einführung eines Mehrweg-Coffee-to-go-Bechers, dass am bestehenden Pfandflaschen-Mehrwegsystems orientiert ist und das bisherige System des Einweg-To-Go-Bechers als nachhaltige Alternative ersetzt. Dieses flächendeckend eingeführte Mehrweg-System soll dabei als Ergänzung zu dem vorzugsweise selbst mitgebrachten Becher dienen. Darüber hinaus soll ein verantwortungsbewusster Umgang mit wiederverwendbaren Behältnissen gefördert werden.

## **U4 - Qualen mindern – Tierschutz stärken**

Die Jusos Thüringen fordern deutlich höhere Mindeststandards bei Haltung, Betäubung, Schlachtung und Transport in der Massentierhaltung. Außerdem müssen verstärkt Kontrollen zur Einhaltung dieser Standards und Produktionsabläufe erfolgen. Langfristig bleibt das Ziel, die industrielle Massentierhaltung zugunsten einer ökologischeren und nachhaltigeren Variante abzuschaffen.

## **U5 - Lasst den Müll doch einfach weg!**

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Wir fordern ein Verbot von vielfacher und unnötiger Verpackung. Die unnötige (Mehrfach-) Verpackung von Gütern soll verhindert werden, es sei denn sie ist aus nachweisbaren Sicherheits- und/oder Hygienegründen notwendig.

Güter sind häufig mehrfach eingepackt, z.B. wenn in der Kekspackung jeder Keks noch einmal einzeln verpackt ist. Diese Verpackung ist oft unnötig und soll deshalb verboten werden, solange dies nicht unbedingt nötig ist. Damit soll der Umwelt geholfen werden.

Die meisten Verpackungen sind nicht nachhaltig, daher müssen diese reduziert werden. Für die Herstellung von Pappe und Papierverpackungen wird Holz benötigt, welches durch das Abholzen von Bäumen gewonnen wird. Dies zerstört Lebensraum für Tiere. Außerdem sind Bäume wichtig für das Weltklima, da sie Kohlenstoffdioxid binden und damit dem Treibhauseffekt, welcher für die Erderwärmung maßgeblich verantwortlich ist, eindämmen.

Plastik wird aus Rohstoffen wie Erdöl, Kohle und Erdgas synthetisch hergestellt (2). Die Gewinnung dieser Rohstoffe wirkt sich durch bspw. Bohrungen negativ auf die Umwelt aus, da z.B. Lebensräume von Tieren zerstört werden.

Außerdem braucht Plastik 350 bis 400 Jahre bis zur vollständigen Zersetzung (1). Da ein großer Teil des weltweit produzierten Plastikmülls in der Umwelt wie bspw. im Meer landet, wird Plastik von Fischen, Vögeln und weiter Tieren gefressen. Dies führt häufig zum Tod des Tieres durch Verhungern, Ersticken, Vergiftung etc. Weiterhin können die im Plastik enthaltenen Schadstoffe in den natürlichen Nahrungsketten auftauchen. Dies kann Schäden für weitere Organismen, auch für den Menschen, verursachen. Plastik kann zwar recycelt werden, doch ein großer Teil landet trotzdem in der Umwelt. Von weltweit jährlich 78 Millionen Tonnen Plastikverpackungen landen 32% in der Umwelt (1). Das sind 24,96 Millionen Tonnen Plastik im Jahr. Der Schaden für Natur und Umwelt ist dadurch groß.

Um also den Schaden für die Umwelt zu verringern, muss der Verbrauch von Verpackung gesenkt werden. Dazu würde der Verzicht auf unnötige Verpackungen einen großen Teil beitragen.

Quellen:

(1) [https://www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/plastik/unsere-ozeane-versinken-im-plastikmuell/?utm\\_source=bing&utm\\_medium=cpc&utm\\_campaign=SG\\_Plastikm%C3%BCII&utm\\_term=plastik%20im%20meer&utm\\_content=Meeresschutz-Plastikm%C3%BCII](https://www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/plastik/unsere-ozeane-versinken-im-plastikmuell/?utm_source=bing&utm_medium=cpc&utm_campaign=SG_Plastikm%C3%BCII&utm_term=plastik%20im%20meer&utm_content=Meeresschutz-Plastikm%C3%BCII)

(2) <http://www.technikatlas.de/~tb4/fraktionier.html>.

## **X1 - Sag mir nicht, wie ich schwanger werden soll! - §27a SGB V reformieren**

Seit der Gesundheitsreform 2004 ist die Erstattung einiger Leistungen an Bedingungen geknüpft. Dies hat in den Folgejahren zu einer Halbierung der durchgeführten künstlichen Befruchtungen in Deutschland geführt. Grund dafür sind vor allem die hohen Kosten: Eine In-Vitro-Befruchtung kostet ca. 3000 Euro pro Zyklus, oft sind drei bis vier Zyklen bis zur erfolgreichen Befruchtung notwendig, wodurch sich die Gesamtkosten auf durchschnittlich mindestens 9000 Euro belaufen. Die Kosten für eine Insemination liegen zwischen 200 und 1000 Euro pro Zyklus, meist sind bis zu sechs Behandlungen nötig. Momentan werden 50% der Kosten für drei Behandlungen (Absatz 1 Nr. 2) durch die GKV übernommen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: herkömmliche Behandlungsmethoden sind fehlgeschlagen, es besteht eine hinreichende Aussicht, dass eine Schwangerschaft herbeigeführt werden kann (Absatz 1 Nr. 2), die Personen müssen verheiratet sein (Absatz 1 Nr. 3), die Ei- und Samenzellen müssen vom Ehepaar stammen (Absatz 1 Nr. 4), die Personen müssen mindestens das 25. Lebensjahr vollendet haben und nicht älter als 40 (Frauen) oder 50 Jahre (Männer) alt sein. Seit 2012 bezuschusst der Bund weitere 25% der Behandlungskosten. Bei einer beim 3. Versuch erfolgreichen In-Vitro-Befruchtung entstehen somit trotzdem noch Kosten von 2.250 Euro für die Behandlung. Die Voraussetzungen sind längst nicht mehr zeitgemäß, sondern ungerecht und realitätsfern. Eine Beschränkung der Kostenübernahme durch die GKV auf verheiratete Paare zementiert ein antiquiertes Familienbild, das wir Jusos entschieden ablehnen: Ein Trauschein ist unerheblich für die Frage, ob die Kinder glücklich aufwachsen können. Gleichzeitig bestimmt die GKV über die Voraussetzungen, wer wann Kinder bekommen darf (gehobenes Haushaltsnettoeinkommen, wahrscheinlich abgeschlossene Ausbildung) und wer nicht (sehr jung, sehr alt, arm) - und vergisst dabei, dass nicht nur die Lebensrealitäten der Betroffenen komplex sind, sondern auch ihre Krankheitsbiografien.

Darum fordern wir:

- die Abschaffung des Begriffes der "hinreichenden Aussicht" und der aus ihr entstehenden Konsequenzen in Absatz 1 Nr. 2.
- die Abschaffung von Absatz 1 Nr. 3 und 4 und eine dadurch entstehende Überarbeitung von Absatz 1 Nr. 5.
- die Überarbeitung von Absatz 3 (1) mit der Streichung jeglicher Altersgrenzen.
- die Abschaffung von Absatz 3 (3) und damit vollständige Kostenübernahme von künstlichen Befruchtungen für bis zu sechs Zyklen durch die GKV. Dies schließt donogene Insemination mit ein.
- einfügen von "bei bis zu sechsmaliger Kostenübernahme" hinter "auch" in §27a Absatz 1



## **X2 - Planungssicherheit schaffen - Kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen**

Jeder Mensch sollte die Möglichkeit zur Verhütung besitzen und über die ihre oder seine reproduktive Gesundheit selbst bestimmen dürfen. Bislang wird dieser Grundsatz eingeschränkt: Versicherte haben nur bis zum vollendeten 20. Lebensjahr auf Versorgung mit verschreibungspflichtigen empfängnisverhütenden Mitteln (§ 24a SGB V). Dies bedeutet eine massive Einschränkung von Rechten und Freiheiten für Menschen, die nicht die nötigen finanziellen Mittel besitzen, ihre Verhütungsmethoden frei zu wählen. Wir sehen die Sicherstellung eines uneingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmitteln als eine öffentliche Aufgabe an und fordern daher die Reform von § 24a SGB V (2) hin zu einem Anspruch auf kostenlose Versorgung mit jeglichen hormonellen und hormonfreien Verhütungsmitteln und Schutzmethoden gegen sexuell übertragbare Krankheiten.

## **X3 - Von Futtermittel, Gelatine und Verarbeitungshilfsstoffen**

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Wein wird mit Gelatine geklärt, Fleisch mit Enzymen zusammengehalten und Saft mit uns unbekanntem Farbstoffen wieder in die Ursprungsfarbe zurückversetzt.

Wer blickt da noch durch? Der aktuelle Zustand der Kennzeichnung unserer Lebensmittel zeigt auf, dass der Verbraucher\*innenschutz und die Aufklärung an zweiter Stelle stehen und stets ein Kompromiss gefunden wird, welcher die Verbraucher\*innen im Dunkeln stehen lässt. Daher fordern wir eine Kennzeichnung von in Lebensmitteln enthaltenen Stoffen mit deren Trivialnamen, sowie die komplette Auflistung aller Inhaltsstoffe, auch Verarbeitungshilfsstoffe, auf Lebensmitteln bzw. deren Verpackung.

Das aktuelle Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch schreibt vor, dass Inhaltsstoffe, welche nicht als Zutat in Produkten verwendet werden, jedoch zur Herstellung benötigt werden, nicht angegeben werden müssen.

Unabhängig davon, welche Rückstände im Endprodukt verbleiben, können die Verbraucher\*innen nie wissen, welchen Ursprung diese Hilfsstoffe haben, in welchen Mengen sie hinzugegeben werden und was der genaue Effekt davon ist. Besonders in Fällen von Unverträglichkeiten oder einer vegetarisch bzw. veganen Ernährung können Konsument\*innen sich bei einzelnen Produkten nie sicher sein, ob sie diese konsumieren können. Dabei steht besonders die Schaffung möglichst großer Transparenz und die gleichwertige Behandlung aller Lebensmittel im Vordergrund. Die Kennzeichnung soll Konsument\*innen auf den ersten Blick ersichtlich machen, welche potentiell kritischen Inhaltsstoffe in Produkten enthalten sind.

Dabei soll die Möglichkeit erschaffen werden, sich einfach zwischen Produkten zu entscheiden, um Gefahren und Risiken direkt vergleichen und abwägen zu können. Die entstehende Mündigkeit würde Verbraucher\*innen die Möglichkeit geben, sich selbstständig und ohne technische Hilfsmittel über Spezifika von Lebensmitteln zu informieren. Darüber hinaus müssen Lebensmittel direkt und vor Ort aufzeigen, wie die Stoffe heißen, welche in Nahrungsmitteln enthalten sind. Kein\*e Verbraucher\*in kann stets auswendig wissen, welche Abkürzungen und E-Nummern was bedeuten. Dadurch würden beispielsweise Backtriebmittel, Farbstoffe oder Klärungsmittel auch als

solche angegeben werden, sodass nicht nur der volle Name, sondern auch die Funktion, wenn es sich um ein Verarbeitungshilfsstoff handelt, angegeben wird.

Durch diese Änderung im Umgang mit Lebensmittelkennzeichnungen würde ein Gesetz entstehen, welches zukunftsorientiert ist und Verbraucher\*innen die Möglichkeit gibt, selbst zu entscheiden. Der eigenverantwortliche Konsum der Verbraucher\*innen wird massiv gestärkt, drängt die Wirtschaft zu klaren Angaben über den Verarbeitungsprozess und reguliert gleichermaßen den Markt durch das gestärkte Bewusstsein der Konsument\*innen.

## **W1 - Chemtrails und Wetterkontrolle zur Verhinderung von AfD-Demos**

Die Jusos fordern den sofortigen Einsatz von Wetterkontrolle zur Verhinderung von Nazi-Aufmärschen, AfD-Demos und Konzerten rechtsnationaler Vereine und Bündnissen.

Der gezielte Einsatz von Regen auf dem zur Verfügung gestellten Gelände bekäme nicht nur der Flora gut, sondern würde den Aufbau und die Durchführung massiv behindern.

Darüber hinaus wäre der Einsatz von gesteuerten Chemtrails durch Einsetzung von Juso-Wahlwerbungsflugzeugen eine absolute Notwendigkeit. Die farbliche Veränderung in ein Regenbogenmuster der Chemtrails würde darüber hinaus zu einer verbesserten Umgebungsatmosphäre für die Gegenprotestant\*innen führen.

Die daraus folgende Abschreckung der Teilnehmer\*innen wäre nicht nur im Interesse der hiesigen Anwohner\*innen, sondern würde viel mehr dazu führen, dass das Interesse an der Teilnahme sinkt.

## **W3 - Bernd Höcke beschäftigen, damit er keinen Scheiß mehr macht**

Die Jusos Thüringen fordern Bernd Höcke intensiver zu beschäftigen, weil er dann keine Zeit mehr hat schlechte Dinge zu tun. Dass Bernd Höcke ein Nazi ist, wissen alle. Dass Nazis böse sind, wissen auch alle. Wie mensch Nazis beschäftigen kann, dafür haben wir eine Idee, denn Nazis machen nichts Böses, wenn sie sinnlose Dinge tun.

Da Bernd Höcke auf einer AfD-Demo im November 2015 forderte, dass Deutschland seine verlorene „Männlichkeit“ wiederfinden muss, muss Bernd Höcke beauftragt werden sich zur Rettung des christlich-jüdischem Abendlandes auf eine Mission zu begeben, um den heiligen Gral der „Männlichkeit“ zu finden. Weil er sowieso Blödsinn gelabert hat, und es diese „Männlichkeit“ nicht gibt, wird er schön zu tun haben und die Welt somit in Ruhe lassen.

Bei Erfolg soll dieses Konzept auch bei weiteren AfD-Politiker\*innen angewandt werden.